

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonntags.

Abonnementpreis 1.00 Mark pro Quartal excl. Postgeb. Bestellungen nehmen an alle Postämtern, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Urbanstr. 63 I.

Inserate

pro dreizehntägiger Zeitspanne 60 Pf.; für Verbandsmitglieder 40 Pf.; Stellenangebote 40 Pf. Verbandsangelegenheiten 25 Pf. Abmahnungen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 27.

Berlin, den 1. Juli 1917.

33. Jahrgang.

Die Erkenntnis bricht sich mehr und mehr Bahn, daß nur unser Verband in der Lage ist, die wirtschaftliche Lage aller Berufsangehörigen zu heben. Die errungenen Teuerungszulagen und die wachsende Zahl der Mitglieder in vielen Zahlstellen beweisen das. Wer will sich dieser Erkenntnis noch verschließen und als rückständig gelten? Nützt die Zeit und werbt neue Mitglieder!

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 27. Wochenbeitrag fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im voraus zu entrichten.

Von dem pünktlichen Bezahlen der Beiträge hängt ebenfalls die geregelte Tätigkeit der Organisation als auch das Recht des Mitglieds auf Unterstützung im Bedarfsfalle ab. Jedes Mitglied erfüllt daher eine Pflicht gegen den Verband und nützt sich selbst, wenn es seine Beiträge regelmäßig und pünktlich bezahlt.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Eine Erhöhung des Lokalbeitrags von 5 auf 10 Pf. pro Woche für die männlichen Mitglieder und von 10 Pf. monatlich auf 5 Pf. pro Woche für die weiblichen Mitglieder ist von der Zahlstelle Eisenberg beschloffen und von uns genehmigt worden. Der erhöhte Lokalbeitrag tritt am 1. Juli d. J. von Woche 27 ab in Kraft. Der Verbandsvorstand.

Der 14. Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine

Es waren 415 Vereine durch 913 Delegierte vertreten. Der Nürnberger Stadtrat Dr. Merkel begrüßte die Versammlung und wies auf die segensreiche Tätigkeit der Konsumvereine während des Krieges hin, die allgemeine Anerkennung gefunden habe. In ähnlichem Sinne sprach noch ein Vertreter der Stadt Jülich und ein Abgesandter des Generalkommandos. Das Mitglied der Generalkommission, Silber Schmidt (Berlin), gab dem Wunsch Ausdruck, daß wie bisher Genossenschaften und Gewerkschaften zusammenarbeiten möchten zum Wohle der deutschen Arbeiterklasse.

Der Geschäftsführer des Zentralverbandes, Kaufmann (Hamburg), schilderte die ungemessen großen Schwierigkeiten, unter denen die deutschen Konsumgenossenschaften während des Krieges zu leiden haben. Er beklagte, daß manche Behörden die Konsumvereine in ihrer segensreichen Tätigkeit behinderten, anstatt sich ihrer zum Besten einer gerechten Güterverteilung zu bedienen. Aber allen Hindernissen und Widerständen zum Trotz schreite die Bewegung weiter, der die Zukunft gehöre. Die beiden anderen Vorstandsmitglieder, Bästlein (Hamburg) und Dr. Müller (Berlin), führten Beispiele an, die beweisen, mit wieviel Vorurteilen noch heute die Konsumvereine zu kämpfen haben. Demnach hätten sie sich glänzend bewährt; sie würden auch die Uebergangszeit siegreich überstehen und die ihrer wartenden Aufgaben in der künftigen Friedenszeit zum Segen des deutschen Volkes erfüllen. Folgende Entschlieung fand einstimmige Annahme:

„Der 14. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine am 18. und 19. Juni in Nürnberg erklärt, daß er sich der vielfach von der Presse und von Organen der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels vertretenen Auffassung, die vorhandenen Ernährungsschwierigkeiten seien auf die Ausschaltung des freien Handels zurückzuführen, nicht anschließen kann. Er ist vielmehr der Ueberzeugung, daß die Hauptaufgabe der Kriegsernährungswirtschaft, die immer knapper werdenden Nahrungsmittel gleichmäßig auf das ganze Jahr und gerecht auf alle Bevölkerungsschichten in Stadt und Land, auch arm und reich zu verteilen, nur durch eine zwangsläufige Organisation der Volksernährung gelöst werden kann. Stimmt der Genossenschaftstag so dem Grundgedanken unserer Ernährungswirtschaft im Kriege zu, so muß er doch andererseits betonen, daß im einzelnen keine Ausführung noch viel zu wünschenswert ist. Noch immer ist ein befriedigendes Verhältnis zwischen dem Verbrauch der ländlichen Erzeuger und der städtischen Konsumenten nicht erreicht. Ein umfangreicher Schleichhandel durchkreuzt die Verteilungsvorschritten und hebt für die Bevölkerungsschichten, die sich seiner bedienen, die Einschränkung der Rationierung auf. Stettenhandel und Bucherpraktiken wirken weiter und verteuern die Nahrungsmittel.

Bei aller Würdigung der vorhandenen sachlichen Schwierigkeiten glaubt der Genossenschaftstag, doch seine Meinung dahin zusammenfassen zu sollen, daß ein gutes Teil der vorhandenen Ernährungsschwierigkeiten zu beseitigen ist, wenn auch die Nahrungsmittelherzeuger die Anforderungen der Kriegswirtschaft mit der gleichen Entschlossenheit auf sich nehmen, wie das von dem größten Teil der Verbraucher geschieht. Vor allem haben die Reformversuche an diesem Punkt einzusetzen, wobei Maßnahmen organisatorischer Art der Vorrang vor schärfem Zwange zu geben ist, obgleich auf dessen Anwendung nicht grundsätzlich verzichtet werden kann.

Die seit Kriegsbeginn für die Konsumgenossenschaften bestehenden besonderen Schwierigkeiten sind noch nicht beseitigt, trotz der Anordnungen der Zentralbehörden, die dieses Ziel im Auge hatten. Noch immer haben zahlreiche Konsumgenossenschaften darüber zu klagen, daß sie bei der Zuweisung von Waren benachteiligt werden; die bei den Restzuweisungen für die genossenschaftlichen Bäckereien in einzelnen Kommunalverbänden bestehenden Uebelstände dauern fort; Vorurteile und Uebelwollen gegen die konsumgenossenschaftlichen Organisationen machen sich noch bei Behörden, meistens solchen der Kommunalverbände, bemerkbar und zeitigen unerreuliche Vorkommnisse und Benachteiligungen der Konsumgenossenschaften. Die Groß-einkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine ist bei der Warenverteilung beinahe ganz ausgeschaltet; ihre Einrichtungen und Kräfte, die sich so vorzüglich zur Mithilfe bei einer gemeinnützigen Warenverteilung eignen, liegen brach.

Der Genossenschaftstag legt aufs neue gegen diese Methoden Verwahrung ein. Er fordert die Genossenschaften auf, mit Unterstützung des zuständigen Revisionsverbandes alle ihnen zuteil werdenden Benachteiligungen zum Gegenstand von Beschwerden an die Behörden des in Frage kommenden Bundesstaats zu machen, um auf diese Weise eine Beseitigung der Uebelstände zu erreichen. Mit

allem Nachdruck verlangt er außerdem, daß den Konsumgenossenschaften endlich der Platz in Verteilungsorganismen angewiesen wird, auf den sie Anspruch erheben dürfen. Endlich erhebt er die Forderung, daß Mittel und Wege gefunden werden, um auch der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine die Aufrechterhaltung und den Weiterausbau ihrer geschäftlichen Beziehungen zu den Konsumgenossenschaften im Rahmen der behördlichen Verteilungsorganisation zu ermöglichen.

Sekretär Mupprecht (Hamburg) gab den Bericht der Fortbildungskommission und erörterte den Ausbau des konsumgenossenschaftlichen Fortbildungswesens.

Feuerstein (Stuttgart) behandelte in ausführlichem Vortrage die öffentlich-rechtliche Vertretung der Verbraucher. Seinen Ausführungen lag folgende Entschlieung zugrunde:

„Der am 18. und 19. Juni in Nürnberg tagende 14. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine beschließt:

I. Das durch den Krieg schwer geschädigte Wirtschaftsleben des deutschen Volkes bedarf für den Wiederaufbau und die zweckmäßige Organisation zur gesunden Weiterentwicklung nach dem Krieg auch der Mitwirkung bereits organisierter wirtschaftlicher Volkskräfte.

Für diesen Zweck in erster Linie, aber auch zum vorbeugenden Schutze der Verbraucherinteressen bei der wirtschaftlichen Neuordnung der Dinge ist es durchaus geboten, daß die konsumgenossenschaftlich organisierten Verbraucher in den öffentlich-rechtlichen Interessenvertretungen des deutschen Wirtschaftslebens zu Worte kommen.

II. Im Hinblick darauf erscheint es als eine im Interesse der Allgemeinheit liegende dringliche und verantwortliche Aufgabe der Regierungen und gesetzgebenden Körperschaften des Reiches und der Bundesstaaten, unverweilt dafür Sorge zu tragen, daß den konsumgenossenschaftlichen Verbrauchervereinigungen in den bestehenden Handelskammern eine im Verhältnis ihrer organisatorischen und wirtschaftlichen Bedeutung zur Allgemeinheit und Gesamtwirtschaft des Volkes stehende ständige Vertretung eingeräumt wird.“

Heinrich Lorenz (Hamburg) machte Mitteilungen über den Internationalen Genossenschaftsbund und die Tätigkeit des leitenden Ausschusses. Letzterer habe stets eine durchaus korrekte Haltung eingenommen. In der ganzen Welt zeige sich während des Krieges ein starkes erfreuliches Anschwellen der Genossenschaftsbewegung. Charakteristisch sei der steigende Handelsverkehr und die immer größerer Umfang annehmende Eigenherzeugung der Konsumvereine. Auch die Frauorganisation regte sich. Bemerkenswert sei das Wachstum der russischen Genossenschaftsbewegung, die einen gewaltigen Aufschwung aufweise. Redner besprach die auf der Pariser Konferenz der Alliierten gefaßten, auf die Hemmung und Vernichtung der deutschen Volkswirtschaften gerichteten Pläne, die auch die Konsumgenossenschaften im Falle der Verwirklichung schwer treffen würden. Leider hätten die französischen Genossenschaftler gegen diese Absichten nicht in genossenschaftlichem Geiste Front gemacht, sondern bis zu

einem gewissen Grade mit jenen Absichten sich einverstanden erklärt. Demgegenüber mache sich in England vielfach eine verständigere und gerechtere Auffassung geltend. Die Sympathie der deutschen Genossenschaftler gelte allen denen, die für die künftige Verständigung der Völker einzutreten und den Friedenswillen zu stärken sich bemühen. Der Friedenssehnsucht Ausdruck geben, sei nicht Blumerei angesichts des unerlöschlichen Verteilungswillens des ganzen deutschen Volkes, sondern das Verlangen nach Beendigung des großen Mordens und der zur allgemeinen Beterung durch fortschreitende Vernichtung von Kulturwerten, solange sie Kriegszielen dienen, an deren Bewirkung den Völkern nicht gelegen sei. Auch für die Genossenschaftler aller Länder sei das Gebot der Stunde: Die Waffen nieder! Frieden!

Heinrich Kaufmann (Hamburg) erstattete den Bericht über die Unterstützungsfrage des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine und gab ein Bild ihrer Entwicklung und der Einwirkung des Krieges auf diese.

Den Bericht über die Tätigkeit des Tarifamtes erstattete Heinrich Lorenz (Hamburg), der auf die Zunahme der Abmachungen bezüglich der Gewährung von Feuerungszulagen hinwies. Die Tarifamtsmitglieder wurden wieder, Wätlein (Hamburg) neu gewählt.

Paul Hoffmann (Magdeburg) gab den Bericht des Ausschusses, der auf die Notwendigkeit der Anknüpfung direkter Beziehungen zwischen Erzeugern und Verbrauchern aufmerksam machte.

In den Vorstand wurden die Herren Barthel (Dresden) und Liebmann (Frankfurt, Main), in den Ausschuh die Herren Professor Dr. Staudinger (Darmstadt), Bobbig (Zwickau) wieder und Herr Lesche (Hamburg) neu gewählt.

In seinem Schlusswort stattete Barth den Behörden und dem Rürzberger Verein den Dank des Genossenschaftstags ab und sprach den Wunsch aus, daß der nächste, voraussichtlich in Köln abzuhaltende Genossenschaftstag nicht mehr unter Kriegszustand stattfinden möge.

Kriegsbeschädigte und Gewerkschaften.

Unter diesem Titel brachte das „Correspondenzblatt“ einen ausführlichen Aufsatz, den wir nur im Auszuge wiedergeben vermögen.

Eingangs beselien wird betont, daß die Gewerkschaften aller Richtungen sich gegen die Gründung einer Sonderorganisation der Kriegsbeschädigten wandten. Das ist nicht ganz zutreffend, denn die letzte Vorstandskonferenz beschloß, „diese Frage vorläufig zurückzustellen, und zwar solange, bis wirklich ernsthaft Organisationsbeiträge der Kriegsteilnehmer eine erneute Stellungnahme notwendig machen. Doch soll den besonders von Essen ausgehenden Versuchen, die Kriegsbeschädigten zu vereinigen und sogar in Zentralverbänden zusammenzuführen, mit allem Nachdruck entgegengetreten werden“.

Die Gründung ist inzwischen vor sich gegangen, und zwar ist einmal in Essen ein Zentralverband gegründet worden und zweitens ist nach der „Sozialen Praxis“ ein „Bund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten“ mit dem Sitz in Berlin unter Vorsitz des Vorsitzenden des Gemeindearbeiterverbandes Hedmann und des „Vorwärts“-Redakteurs Kuttner gegründet worden.

Zu dem Programm des Essener Zentralverbandes schreibt das „Correspondenzblatt“ im einzelnen weiter, daß die wirtschaftliche Sicherstellung der Kriegsbeschädigten und die Versorgung der Parlamentarier aller Richtungen mit einschlägigem Material besser wie durch besondere Organisationen durch die bestehenden, der Arbeiterschaft dienenden Einrichtungen geschehen könne. Denn die Gewerkschaften und die Arbeitersekretariate erhalten von ihren kriegsbeschädigten Mitgliedern Material genug. Ihre Funktionäre sind in der Sichtung und Verwertung des Materials geschult und ihre parlamentarischen Vertreter haben vornehmlich die Aufgabe, an dem Ausbau der Sozialgesetzgebung in Sinne der Bedürfnisse und Forderungen der Arbeiter und Angestellten mitzuwirken. Die Kriegsbeschädigtenfürsorge ist nicht mehr wie ehedem eine Resorrtangelegenheit der Kriegsministerien, sondern fernerhin ein Teil unserer Sozialgesetzgebung. In den Sonderausschüssen des Reichsausschusses für die Kriegsbeschädigtenfürsorge, der sich seit geraumer Zeit auch mit der Reform des Mannschaftsversorgungsgesetzes befaßt, sind die Gewerkschaften ebenfalls tätig. Durch die Gewerkschaften ist somit eine sachkundigere, energiereichere und erfolgversprechendere Vertretung der berechtigten Anforde-

rungen der Kriegsinvaliden gewährleistet, als sie durch irgendeine Vereinigung von Kriegsbeschädigten, die zu diesem Zweck um die Gunst aller Parteien werben will, möglich wäre“.

In ihren Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmervereinigungen zur Wiedereinstellung der Kriegsbeschädigten hätten die Gewerkschaften auch den Beweis erbracht, daß sie sich der Interessen der Kriegsbeschädigten tatkräftig annehmen. In den Berufen und Industrien, für die solche Arbeitsgemeinschaften bis jetzt noch nicht bestehen, liegt es nicht an den Gewerkschaften, sondern an dem absehnenden Verhalten der Arbeitgeberverbände.

Kostenlose Rechtskunst und Rechtsberatung, wonach die neue Vereinigung erst suchen muß, haben die Gewerkschaftsmitglieder längst. Und selbst diejenigen Arbeitersekretariate, die nur Organisierten offenstehen, erteilen auch den nicht oder nicht mehr organisationsfähigen Personen, in unserem Falle den erwerbslosen Kriegsbeschädigten, bereitwilligst Auskunft.

Eine weitere Forderung ist die Errichtung besonderer Arbeitsnachweise für Kriegsbeschädigte oder doch besonderer Abteilungen bei den allgemeinen Arbeitsnachweisen. Bei den großstädtischen Arbeitsnachweisen bestehen bereits besondere Abteilungen. Wo solche aber noch nicht eingerichtet sind, obgleich ein Bedürfnis dazu vorliegt, ist es Sache der örtlichen Gewerkschaftsartelle, auf ihre Schaffung hinzuwirken. An kleineren Orten dagegen kann die Arbeitsvermittlung für Kriegsbeschädigte zu besonderen Stunden getrennt erfolgen, was ebenfalls ohne Sonderorganisation zu erreichen ist. Wo dennoch notwendig erscheinende Maßnahmen nicht getroffen werden, müssen die Kriegsbeschädigten in ihrer Berufsorganisation dafür eintreten.

Ein besonderer Programmpunkt der Kriegsbeschädigtenvereinigung ist die Bildung von „Arbeitsgenossenschaften für Heimarbeiter“. Bedarf es dazu einer besonderen Vereinigung? Die für Privatindustrie arbeitenden Kleinhandwerker lassen sich ihre Rohmaterialien vom Lager holen oder schicken; was nicht telephonisch erledigt werden kann, das wird persönlich oder schriftlich von den Angehörigen besorgt, ohne erst den gelegentlichen Besuch eines Kameraden abzuwarten. Finden sich an einem Orte mehrere solcher Heimarbeiter der gleichen Branche, so daß sie sich genossenschaftlich vereinigen können, dann haben wir in unseren Konsumvereinen die gegebenen Absatzquellen.

Die Hilfe für kranke Kriegsbeschädigte, die ebenfalls als Aufgabe der Sonderorganisation bezeichnet wurde, kann diese ebensowenig direkt leisten, als die Gewerkschaften es tun könnten.

Auch zur Gesundheitspflege der Kriegsbeschädigten, die einen weiteren Programmpunkt der Vereinigung bilden, bedarf es solcher nicht. Was dazu notwendig ist, wie z. B. die öffentlichen Schwimmbäder den Amputierten zu bestimmten Stunden ausschließlich zur Verfügung zu stellen, kann ohne Sonderorganisation geschehen. Schließlich will der Kriegsbeschädigtenverband noch sogenannte Landabteilungen schaffen. Soweit der beabsichtigte Zweck, den Mitgliedern bei der Pachtung eines Stückchens Kartoffel- und Gemüselandes und dem Bedarf zu dessen Bestellung und Bearbeitung beihilflich zu sein, nicht innerhalb der zahlreichen bestehenden Vereine und gemeinnützigen Vereinigungen erreicht werden kann, steht auch hier der Förderung billiger Anforderungen durch die Vertrauensmänner der Arbeiter- und Angestelltenchaft in den Gemeindevertretungen nichts im Wege.

Der Bund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten will parteipolitisch und religiös neutral sein, sucht aber Anlehnung an die Gewerkschaften und die moderne Arbeiterbewegung überhaupt. Er zielt auf eine gründliche Reform des Militärrentenwesens in Anlehnung an die Grundzüge der Unfallversicherung und des Rechtsweges hin. Er will ferner die Umwandlung des Heeres in ein wirkliches Volksheer und die Abschaffung aller die Kriegsteilnehmer benachteiligenden politischen Vorrechte in Reich, Staat und Gemeinden antreiben, sowie eine Polizei beschließen, die der Entfischung künftiger Kriege vorbeugt.

Wenn sich der Bund seine Ziele damit nicht zu weit gesetzt und unbewußt allzusehr mit politischen Strebungen belastet hat.

Aus unserem Beruf.

Weitere Preiserhöhung für Buchbinderarbeiten geben der Verband Deutscher Buchbindermeister, der Bund deutscher Buchbinder-Zünfte, der Verband Berliner Buchbindermeister, der Verein Stuttgarter Buchbindermeister durch ein gemeinsames Rundschreiben bekannt. Begründet wird diese Maßnahme mit den „unter dem Druck der Verhältnisse bewilligten Feuerungszulagen an die Arbeiterschaft“. Weiter

heißt es dann, daß alle Preisangebote bis auf weiteres mit Rücksicht auf die fortwährend steigenden Materialpreise nur freibleibend, also unverbindlich abgegeben werden können, und für die zurzeit laufenden Aufträge werden die Auftraggeber gebeten, die Buchbinderarbeiten in den Stand zu setzen, sie bis zum 1. Juli erledigen zu können, „da andernfalls ein den Lohnerhöhungen entsprechender Zuschlag berechnet werden muß“.

Gegen eine angemessene Preiserhöhung läßt sich nichts einwenden, wenn die erhöhten Löhne auch wirklich gezahlt werden. Das letztere ist aber nicht immer so ganz sicher. So wurde uns jüngst aus Chemnitz von einem Betrieb berichtet, der viele beherrschende Arbeiten auszuführen hat, daß dort für Kollegen, die über 20 Jahre in ihm beschäftigt werden, noch Wochenlöhne von 25 Mk. und für Kolleginnen 9—15 Mk. gezahlt werden.

Die Kollegen und Kolleginnen allerorten wollen daher darauf sehen, daß ihnen die von den Unternehmern angeführten Lohnsteigerungen auch wirklich zugute kommen.

Dem Verein deutscher Geschäftsbücherfabrikanten haben sich bereits die große Mehrzahl aller größeren Geschäftsbücherfabriken angeschlossen. Am 2. Juni dieses Jahres hielt er seine zweite Hauptversammlung ab, wo sein Beitritt zum Bunde deutscher Vereine des Druckgewerbes, Verleges und der Papierverarbeitung und zur Vereinigung für die Zulieferung der papierverarbeitenden Industrie und des Papierhandels beschlossen wurde. Weiter befaßte er sich mit Anträgen des Geschäftsbücherfaches zur Neugestaltung des deutschen Zolltarifes und zur Neuregelung der Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn.

Unsere Kollegen und Kolleginnen müssen aus solchen Vorkommnissen lernen, daß auch für sie ein lückenloser Zusammenschluß in unserem Verbandsbunde notwendig ist, sonst verlieren sie den Einfluß auf die Besserstellung ihrer wirtschaftlichen Lage.

Weitere Einschränkung des Druckpapierverbrauchs ist vom Reichsanwalt durch Verordnung vom 18. Juni angeordnet worden. Davon werden hauptsächlich Zeitungen betroffen, die auf maschinenglattem Papier gedruckt werden, und zwar von 11—44,5 v. H. ihres Bedarfs vom Jahre 1915, je nach ihrem Umfange. Je größer letzterer ist, um so mehr haben sie ihren Papierverbrauch einzuschränken. Unsere „Buchbinder-Zeitung“ wird nicht davon betroffen, da sie auf satiniertem Papier gedruckt wird.

Anregung zur Erringung des Buchbinderberufs gibt der Landesverband selbständiger Buchbinder im Königreich Sachsen in einer Inskription aus große Zeitungen. Das Buchbinderhandwerk bietet noch die Möglichkeit, sich mit geringen Mitteln selbständig zu machen, gebe geistige Anregung durch ständige Führungsnahme mit den Neuererscheinungen auf dem Büchermarkt und es dürfte sich auch nach dem Kriege als besonders lohnend erweisen in Erwartung der großen Anzahl neu erscheinender Bücher.

Dreijährige Lehrzeit, bessere Entlohnung der Lehrlinge und der Gehilfen dürften nach unserer Ansicht zugräftigere Mittel für die Zuführung unseres gewerblichen Nachwuchses sein.

Türkische Buchbinderlehrlinge in Deutschland. Ungefähr 300 türkische Handwerkslehrlinge sollen in Deutschland untergebracht sein, darunter 4—6 Buchbinderlehrlinge. Wo sie in die Lehre gekommen sind, ist nach den Zeitungsberichten nicht genau festzustellen. Vielleicht kann einer oder der andere unserer Leser darüber Auskunft geben?

Staatliche Bewirtschaftung des Leims. Mit der Reichsregierung ist eine Vereinbarung erzielt worden, wonach die Arbeitgebervereinigungen für das deutsche Tischlergewerbe, Stellmachergewerbe, Maler- und Anstreichergerwerbe und das Buchbindergerwerbe einen eingetragenen Verein mit dem Sitz in Berlin bilden, der die Befugnis erhält, die Anmeldeung des Leimbedarfs von allen betreffenden Betrieben als allein zuständige Stelle entgegenzunehmen. Aus etwa 80 behördlich anerkannten legitimen Leim-Großhändlern wird eine Genossenschaft gebildet, die der behördlichen Aufsicht untersteht und von der zuständige Reichsstelle (Kriegsausschuh für Ersatzstoffe) den Leim gegen Zahlung erhält und ihn an ihre Mitglieder in den Mengen verteilt, für welche sie Bezugscheine bringen. Aus Vertretern der Großhändler und Unternehmer der oben bezeichneten Gewerbevereinigungen wird ein händiger Ausschuh gewählt, der in gemeinsamer Arbeit die praktische Durchführung zu sichern hat. Alle Streitigkeiten werden durch ein ständiges Schiedsgericht, welches ein Organ der Berufsvereinigung ist, entschieden.

Alfred Israel †. Wiederum ist einer der stillen, aber tüchtigen Arbeiter im Verbandsheimberg dem Bestkriege zum Opfer gefallen. In der Nacht vom 8. zum 9. Juni ereilte unsern Leipziger Kollegen Alfred Israel das Geschick. Fast 20 Jahre lang ge-

hörte er unsem Verbande an, und wenn auch sein Name nicht viel in der Öffentlichkeit genannt wurde, so wußten doch Sachverständige seine Kenntnisse auf dem Gebiete des Tarifwesens sehr zu schätzen. Als Mitglied der Leipziger Ortsverwaltung, der Tarifkommission und des Tarifschiedsgerichts hatte er genügend Gelegenheit, diese seine Kenntnisse zu verwerten, und er hat es mit gutem Geschick getan. Bald nach Ausbruch des Krieges wurde er zu den Fahnen einberufen und hat bis zu seinem Tode auch dort seine schwere Pflicht treu erfüllt. Gedenken wir seiner in Ehren!

Internationales.

Die österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1916. Die hinlänglich bekannten, aus dem Kriege sich ergebenden Ursachen brachten natürlich auch für die österreichischen Gewerkschaften einen weiteren Mitgliederrückgang. Die Zahl der Vollzähler, für die an die österreichische Gewerkschaftskommission Beiträge bezahlt wurden, ging von 154 281 im Vorjahre auf 130 967 zurück. Wie in Deutschland die Generalkommission, so hat in Oesterreich die mit ähnlichen Aufgaben betraute Gewerkschaftskommission sich redlich und mit Erfolg bemüht, die Interessen der Arbeiter und insbesondere der Gewerkschaftsmitglieder wahrzunehmen. Ihren Bemühungen ist es mit zu verdanken, daß für die gesamte Kriegsindustrie Lohn- und Beschwerdekommissionen eingesetzt wurden, daß die beabsichtigte Einführung des Sparzwanges für jugendliche Arbeiter fallen gelassen wurde. Zur Ueberwindung der Lebensmittelschwierigkeiten hat die Gewerkschaftskommission ihr möglichstes getan, ebenso betreffs der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten, wenn die Erfolge auch mit den geschehenen Bemühungen nicht gleichen Schritt hielten, wie es anderswo leider auch zu verzeichnen ist. Nichtsdestoweniger wäre es durchaus verkehrt, solche Bestrebungen als zweck- und ergebnislos hinstellen zu wollen, denn ohne sie stände es noch schlimmer um die Regelung solcher wichtigen Angelegenheiten. Eine Zusammenfassung über Einnahmen, Ausgaben und Vermögen der gesamten österreichischen Gewerkschaften ist in dem Bericht der Gewerkschaftskommission nicht enthalten.

Unser österreichischer Bruderverband findet im Bericht der Gewerkschaftskommission natürlich auch seine Würdigung, der wir folgendes entnehmen: Trotz der verheerenden Wirkungen des dritten Kriegsjahres trat im Stande der Mitglieder dieser Organisation eine merkbare Besserung ein. Obwohl die Begleiterscheinungen des Weltkrieges derartige waren, daß es den Mitgliedern schwer fiel, mit den Einzahlungen nachzukommen, ist doch sowohl die Zahl der Beitritte auf 590 (1915 377) wie auch die Anzahl der geleisteten Wochenbeiträge auf 100 736 (96 908) gestiegen. — Aus den vorstehenden Daten über die Mitgliederbewegung sind die Schlüsse auf die Finanzgebarung leicht zu ziehen. Die Gesamteinnahmen haben 111 032,95 Kr. (107 943,47 Kr.) und die Gesamtausgaben 85 085,38 Kronen (90 131,37 Kr.) betragen, somit ist ein Ueberschuß von 25 947,57 Kr. (17 812,13 Kr.) erzielt worden. Bemerkenswert ist der Rückgang fast aller Ausgabeposten. Nur die Krankenunterstützung hat eine bedeutende Steigerung erfahren, welcher Umstand in letzter Linie auf die mangelhafte Ernährung der Arbeiterschaft im abgelaufenen Jahre zurückzuführen ist. — Das abgelaufene Berichtsjahr stand im Zeichen der Lohnbewegung der in den Wiener Buchbindereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Verhandlungen endeten mit folgenden Vereinbarungen: Die Minimallöhne und auch die der besser Entlohnerten aller in den Wiener Buchbindereien und Buchdruckereien beschäftigten Buchbinderarbeiter und -arbeiterinnen erhöhten sich (unter Einrechnung der im Jahre 1916 gewährten Zulagen) um 20, 15 und 10 Proz., und zwar abgestuft die niedersten Löhne um 20, die mittleren um 15 und die höheren um 10 Proz. Die Stückarbeiter erhielten 10 Proz. Zuschlag und diejenigen Stückpreise, die unter dem Durchschnitt entlohnt wurden, konnten betriebsweise geregelt werden. Für die in Buchdruckereien beschäftigten Buchbinderarbeiter und -arbeiterinnen wurde überdies die Entschädigung der Nacharbeit geregelt sowie die Arbeitszeit am Samstag oder Zehntag um eine halbe Stunde gekürzt und damit der tarifrischen Bestimmung der Buchdrucker gleichgestellt. An diesen Tarifveränderungen partizipieren gegenwärtig zirka 3000 (800 männliche und 2200 weibliche) Personen. Im Frieden ist die Zahl fast noch einmal so groß. Der Tarif wurde für zwei Jahre mit der bisherigen Kündigungsklausel (ein halbes Jahr vor Ablauf Kündigung; eventuell ein Jahr Verlängerung) abgeschlossen. Die „Einigkeit“ hat jüngst die Erfolge der Wiener Lohnbewegung in zwei Aufsätzen beleuchtet, aus denen wir die Lohn-

errungenschaften hervorheben, die sich innerhalb des Krieges ergeben haben und durch drei Erhebungen festgestellt worden sind. Danach erzielten von je 100 Gehilfen einen Wochenlohn bei der

	Erhebung 1914	ersten Erhebung 1916	zweiten Erhebung 1916
bis 24 Kr.	13,9	5,0	1,9
25 .. 28	24,5	12,2	4,7
29 .. 32	33,7	29,8	11,0
33 .. 36	27,9	25,1	22,5
37 .. 40	27,9	13,1	5,3
über 40	—	14,8	23,3
* 32 Kr. und mehr.			

Von je 100 Arbeiterinnen erzielten einen Wochenlohn bei der

	Erhebung 1914	ersten Erhebung 1916	zweiten Erhebung 1916
bis 8 Kr.	6,8	3,2	0,5
9 .. 12	12,0	11,6	41,3
13 .. 16	48,3	26,5	6,2
17 .. 20	30,0	50,0	16,9
21 und mehr. . . .	2,9	8,7	52,6
* 23,8			

Im abgelaufenen Jahre wurde auch ein Tarif für Reichenberg (Firma Gebr. Stiepel) abgeschlossen. Es wurden einige allgemeine Bestimmungen untergeordneter Natur geregelt und Lohnzulagen von 2 Kr. für die Männer und 1 Kr. für die Frauen unter Beibehaltung der bisherigen Teuerungszulagen von 4 Kr. bis 8 Kr. pro Monat vereinbart. — Außerdem haben sich die Personale in einer größeren Anzahl von Betrieben (hauptsächlich in Wien) Teuerungszulagen zu erringen vermocht. — Von den auswärtigen Ortsgruppen wäre besonders Laibach hervorzuheben, wo die Männer 2 Kr. bis 6 Kr. und die Frauen 1 Kr. bis 2 Kr. pro Woche erhalten haben. In vereinzelt Fällen wurden auch Quartalsbeiträge zugestanden.

In den Hauptausschuß für Kriegs- und Uebergangswirtschaft bzw. in dessen Unterausschuß für sozialpolitische Aufgaben ist u. a. auch unser Kollege Julius Grünwald gewählt worden. Wir beglückwünschen ihn herzlichst hierzu.

In Deutschland hat man noch nicht seitens der Regierung für nötig befunden, Arbeitervertreter in den Ausschuß für die Uebergangswirtschaft zu berufen.

Dänemark. Der dänische Buchbinderverband hielt vom 1. bis 3. Juni seinen achten Verbandstag im Volkshaus in Kopenhagen ab. Von den Abteilungen des Verbandes waren 37 Vertreter, darunter 12 weibliche, erschienen. Außerdem war der Vorstand mit 5 Personen, die dänische Landesorganisation, die dänische sozialdemokratische Partei, der schwedische und norwegische Buchbinderverband mit je einem Vertreter vertreten. Der Internationale Buchbindersekretär, Kollege Kloth, konnte nicht erscheinen, weil die Einladung zu spät erfolgt und der Paß daher nicht rechtzeitig zu erlangen war.

Aus dem bis zum vorhergegangenen Verbandstag (1914) zurückgreifenden Bericht geht hervor, daß der Verband gute Fortschritte gemacht. Die Zahl der Abteilungen ist von 9 auf 11, die der Mitglieder von 1009 auf 2118 gestiegen, davon sind 750 oder zirka 30 Proz. männlich. Diese Steigerung ist zum Teil auf die im vorigen Jahre erfolgte Organisation der Kartonarbeiter und Düttenkleberinnen zurückzuführen. Das Verbandsvermögen ist in drei Jahren trotz der durch den Streik 1914 verursachten Ausgabe von 18 350 Kronen von 78 000 auf 115 000 Kronen gestiegen.

Zur wirksamen Durchsetzung der Erfolge der Lohnbewegungen hat der Verband einen fast ständigen Kampf zu bestehen gehabt. Bei dem Streik 1914 wurde in Lohnerhöhung von allerdings nur 3 Oere pro Stunde erreicht, aber durch eine spätere Vereinbarung wurde der Stundenlohn um 8 Oere für Männer und 4 Oere für Frauen erhöht.

Die Arbeitslosigkeit war nach Kriegsausbruch überaus groß, aber im Oktober 1915 traten normale Verhältnisse ein und seither ist der Arbeitsmarkt gut. Trotzdem hat der Verband in der Dreijahresperiode 38 000 Kronen an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt.

Nach Annahme des Geschäftsberichtes wurde ein Beschluß gefaßt, wonach die Abteilungen eingefordert wurden, auf die Einführung der Akkordarbeit hinzuwirken.

Die Kopenhagener Abteilung, die allein über 1800 Mitglieder besitzt und einen besoldeten Kassierer hat, hatte den Antrag gestellt, noch einen besoldeten Hauptkassierer anzustellen. Der Vorsitzende sollte dann mit Hilfe der beiden Kassierer sämtliche für den Verband in Frage kommenden Arbeiten ausführen. Der Vorschlag wurde in der Hauptsache angenommen.

Da der vorige Verbandsvorsitzende und der Kassierer ihre Ämter niedergelegt hatten, wurde

Kollege P. Hansen-Kopenhagen als Vorsitzender und R. Rasmussen als Kassierer gewählt. Zum Schluß sprach der Verbandstag den abgegangenen Vorstandsmitgliedern, besonders dem vorigen Verbandsvorsitzenden Kollegen H. Olesen, der 22 Jahre im Vorstand tätig war, seinen Dank aus.

Schweizerischer Verbandstag. Zu Pfingsten hatten sich die Abgeordneten der schweizerischen Kollegenschaft in St. Gallen zum Verbandstag versammelt. Der Jahresbericht des Verbandsvorstandes wurde ohne Debatte erledigt, woran sich unsere Verbandstage ein ungefähres Beispiel nehmen könnten, denn auf ihnen nimmt die Aussprache darüber manchmal 2–3 Tage in Anspruch, wodurch viel Zeit für die Zukunftsaufgaben des Verbandes verloren geht. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß wir nicht alljährliche Verbandstage haben, sondern daß sie in der Regel drei Jahre auseinanderliegen, somit auch mehr Stoff vorhanden ist.

Nach dem Jahresbericht betrug die Mitgliederzahl Ende 1915 996 und Ende 1916 1087, so daß ein Zuwachs von 121 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Die gesamten Jahreseinnahmen betragen 54 128,05 Franken, die Ausgaben 48 890,51 Fr., das Vermögen belief sich am Jahresschluß auf 75 438,07 Fr.

Die Züricher Anträge auf Stattfinden der Verbandstage nur alle zwei Jahre, Erweiterung des Zentralvorstandes durch je einen Vertreter der Ortsgruppen Genf, St. Gallen und Zürich, vierteljährliche Tagung des Zentralvorstandes, Unterstellung des gesamten Buchdruckerhilfspersonals unter den Buchdruckertarif im Einvernehmen mit dem Buchdruckerverbände — wurden sämtlich abgelehnt. Dagegen wurde der Antrag des Verbandsvorstandes auf definitive Schaffung einer dritten Beitragsklasse mit 40 Cents Wochenbeitrag einstimmig angenommen. Mit großer Mehrheit angenommen wurde ferner: „Mitglieder, welche als total arbeitsunfähig aus dem Kriegsdienst zurückkehren, scheiden aus unserm Verband aus.“ — Zur Begründung des Antrages hieß es: „Für die Erhaltung und die Entschädigung an durch den Krieg arbeitsunfähig gewordene Mitglieder hat in erster Linie der Heimatstaat des Mitgliedes aufzukommen und nicht der Schweizerische Buchbinderverband.“

Weiter wurde beschlossen: „Nur teilweise arbeitsfähige Mitglieder, welche aus dem Kriegsdienst zurückkehren, fallen in bezug auf Entlohnung unter die Bestimmung des Art. 7, zweitletztes Alinea, des Vertrages.“

Der bezügliche Absatz des schweizerischen Tarifvertrages lautet: „Mit untüchtigen Arbeitern und Arbeiterinnen kann ein niedrigerer Lohn vereinbart werden. Den Entscheid darüber fällt das lokale Schiedsgericht.“

Als Vorort wurde wieder Bern bestimmt.

Rundschau.

Ein **Kindereholungsheim** der **Samburger „Produktion“**. Der Samburger Konsumverein „Produktion“ hat seinem vorblichigen sozialen Wirken in dieser Kriegszeit einen besonders sichtbaren Ausdruck verliehen: sie hat von dem im abgelaufenen Geschäftsjahr erzielten Meingewinn ein Kapital von einer Million Mark einer Stiftung überwiesen, deren Zweck die Errichtung und der Betrieb eines Kindereholungsheims für die Kinder der Mitglieder ist. Für das Heim soll ein geeigneter Platz an der Dillsee gesucht werden; es ist geplant, jährlich etwa 1000 Kinder auf vier Wochen an die Ostsee zu schicken.

Das Heim soll das ganze Jahr geöffnet sein, die Leitung einer Oberschwester übertragen werden. Die Einrichtungen sollen so bemessen sein, daß jeweilig etwa 80–90 Kinder, Knaben und Mädchen, untergebracht werden können.

Durch diese neue soziale Tat hat sich die „Produktion“ ein Verdienst erworben, das ihr Achtung und Respekt verschaffen muß auch in Kreisen, die ihr bisher noch gleichgültig oder gar ablehnend gegenüberstanden. Nichts konnte besser als diese Stiftung den gemeinnütigen Charakter des Unternehmens barzulegen. Einen großen Teil des Meingewinns gerade für die Errichtung eines Kindereholungsheims beizusteuern, erscheint als ein besonders glücklicher Gedanke angesichts des Umstandes, daß gerade jetzt Tausende von Großstadtkindern, namentlich Arbeiterkinder und Arbeiterkinder, eine Erholung in der fließenden Seeluft bitter nötig haben. Von der Mitgliedschaft und von allen, die zur Genossenschaftsbewegung stehen, wird die Gründung darum auch mit großer Sympathie begrüßt. Aber man erinnert sich gerade heute auch jener Theoretiker, die feinerseitig in der Gründung der „Produktion“, die ja von vornherein noch unbeschrittene Wege gehen wollte, einen Verrat an der Arbeiterklasse witterten und diese als grundfalsch erachteten Ansicht noch „wissenschaftlich“ zu stützen suchten. Wie grausam hat ihnen doch die Entwidlung mißgepielt!

Die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ hat vor einiger Zeit die Auflage von 100 000 überschritten. Damit ist wohl am schlagendsten die Notwendigkeit ihres Erscheinens erwiesen. Wenn irgend etwas, so ist die Gewerkschaft die beste Schulung für die Heranbildung der Arbeiterinnen aus den Niederungen jahrhundertelanger Unterdrückung und aus engbegrenztem Balken in Haus und Küche zu höheren Daseinsformen. Im praktischen Organisationsleben und nicht durch verstreute Theorien werden unsere Mitstreiterinnen zur höheren Stufe menschlicher Kultur hinaufsteigen. Dazu wird auch die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ ihr Teil beitragen und daher begrüßen wir ihre steigende Auflage.

Zu den **Stockholmer Konferenzen** schreibt der „Courier“ des Transportarbeiterverbandes vom 17. Juni:

„Wir stehen den seit Wochen so viel erörterten und seit Anfang Juni begonnenen Stockholmer Friedensunterhaltungen der „Internationale“ bekannlich kühl bis ans Herz gegenüber. Weil den Männern, die sich dort zu unverbindlichen Unterhaltungen zusammengefunden haben und zusammenfinden werden, Aufgaben gestellt sind, die sie nicht erfüllen können. Der internationalen Schwärmerei, die dort ihren Ausdruck findet, ist durch nationale Wirklichkeiten eine unüberschreitbare Grenze gezogen. Und daran muß das Stockholmer Experiment an sich scheitern, soweit es auf praktische Erfolgsmöglichkeiten eingestellt war.“

Man mag das so tief und so lebhaft wie nur möglich bedauern, aber mit diesem Bedauern ist uns nicht gedient. Wir sehen heute, daß es auch in unseren Reihen Leute gibt, die allen Tatsachen zum Trotz gewisse Friedenshoffnungen auf diese Stockholmer Unterhaltungen setzen und denen gegenüber müssen wir den Mut haben, zu sagen, daß sie in ihren Hoffnungen und Erwartungen die bittersten Enttäuschungen erleben werden. Größere und bittere Enttäuschungen, als sie ihnen schon ohnedies durch die Internationale verfloßener Zeiten bereitet worden sind. Bereitet werden müßten, weil es die verfloßene Internationale nicht über sich brachte, in ihrem Wollen und Können ein gewisses Gleichgewicht herzustellen und zu erhalten.

Aber wie dem auch sei, das Stockholmer Arrangement hat die Regierungen der westlichen Demokratien England und Frankreich als auch Amerika gezwungen, sich selbst zu entlarven und offen Farbe zu bekennen. Frankreich, England und Amerika haben den sozialistischen Delegationen zu den Stockholmer zwischenstaatlichen Unterhaltungen die Pässe verweigert, obwohl irgendwelche Gefahren für die fernere Kriegsführung dieser Länder von diesen sozialistischen Delegationen am allerwenigsten zu erwarten standen. In demselben Atemzuge haben dieselben Regierungen dieser „freien und fortgeschrittenen Länder der Welt“ Sozialisten die Erlaubnis erteilt, nach Rußland zu pilgern, um dort die Kriegsmafel vor dem Erlöschen zu bewahren. Sozialistische Minister aus Frankreich, England und Belgien klappern triegsbegeistert in Rußland herum, wie es sonst zum ministeriellen Handwerk gehört, machen in Deutschlande und verjüden die russischen Sozialisten grüßelig zu machen vor den Stockholmer Tischen, an denen sie sich mit deutschen Sozialisten unterhalten sollen.

Das Stockholmer Arrangement hat die „freien“, „demokratischen“, „friedliebenden“ Staaten des Westens gezwungen, die Maske fallen zu lassen. Darin erblicken wir den einzigen moralischen Erfolg des Stockholmer Experiments. Man pfeift im Westen auf die Formel: keine Annexionen, keine Kriegsentschädigung, Verständigungsfrieden statt Sieg und Niederlage. Nein, man will einen englischen, französischen, italienischen usw. Sieg; man will Annexionen und Kriegsentschädigungen.

Englische Wünsche für das deutsche Volk. „Times“ vom 19. Mai 1917 schreiben: Die Deutschen müssen am Ende des Krieges in eine solche Lage gebracht werden, daß sie zumindest ein Jahrhundert lang ein geistig gebrochenes und unterdrücktes Volk bleiben.

Der Sekretär des englischen Gewerkschaftsbundes, Appleton, schreibt über die Lösung „keine Annexionen, keine Entschädigungen“ im Gewerkschaftsorgan „The Federationist“ u. a. folgendes: „Die Größe der Geldverluste, der seelischen Leiden der Bevölkerung der besetzten Gebiete, der Zerstörung materieller Hilfsmittel, ja selbst die Größe der unglücklichen Folgen, die dieser Kampf mit Deutschland auch für dessen eigene Welt Herrschaft haben wird, ist nicht abzuschätzen. Auch der Wert der dem Ehrgeiz der prounglischen Militärkaste geopfert existenzen ist unschätzbar. Aber gewiß ist, daß Deutschland die ganze Welt arm macht und den Weiber der Welt, aus dem die ganze Welt trinkt, bis zum Ueberlaufen fällt. Es ist natürlich ganz unmöglich, vom vernichteten Deutschland genügende Entschädigungen für alle diejenigen zu fordern, die

es geschädigt hat. Aber nicht unmöglich und nur gerecht ist die Anforderung solcher Bedingungen, daß es mit Wiedergutmachung während eines Jahres underts beschäftigt wäre und dadurch aufhaltend, von neuen Kriegen zu träumen und sich auf sie vorzubereiten. Das ist die Welt sich selbst schuldig. Dem Angreifer keine Strafe auferlegen, würde heißen, ihn zu neuen Angriffen aufzufordern.“

Die englischen Arbeiterführer teilen leider durchweg die Welteroberungspläne ihrer Regierungen und unterstützen diesen darauf gerichtete Politik. Da Deutschland sich einer solchen Politik und der englischen Einkreisung nicht fügen wollte, darum muß es nach englischer Auffassung vernichtet werden. Das ist der Kern der englischen Kriegs- und Friedenspolitik, alles übrige ist Heuchelei oder nationale Selbstgerechtigkeit.

Papierverschwendung. Immer wieder wird die Wahrnehmung gemacht, daß behördliche wie private Stellen im täglichen Schriftverkehr die Notwendigkeit sparsamen Papierverbrauches völlig außer acht lassen. Nach wie vor werden in zahlreichen Fällen die sogenannten Respektbogen verwendet, ebenso werden für kurze Mitteilungen, für die kleine Halbfolioblätter genügen, große Bogen gebraucht. Angesichts der bestehenden Papierknappheit ist es dringend erwünscht, daß alle in Betracht kommenden Kreise sich auch für den Schriftverkehr größte Einschränkung hinsichtlich des Papierverbrauches auferlegen.

Wie uns aus Spandau berichtet wird, sollen dort militärische Stellen ganze Kuben von Papierabfällen auf dem Müllhaufen abladen lassen.

Der **Glasarbeiterverband im Jahre 1916.** Im Jahresdurchschnitt zählte der Verband 5062 männliche und 523 weibliche Mitglieder, zusammen 6147. Bedenkt man die große Zahl der Einderufenen und daß ein großer Teil der Vertrauensleute eingezogen wurde, so ist das Resultat immerhin zufriedenstellend, so daß auch vom Verband der Glasarbeiter zu sagen ist: er wird die Kriegswirkungen leicht überleben und somit in der Lage sein, nach dem Kriege seine Tätigkeit im Interesse der Mitglieder in vollem Umfange wieder aufzunehmen.

Die Einnahme des Verbandes für das Jahr 1916 betrug 184 407 Mk.; dazu tritt der am 31. Dezember

1915 vorhandene Kassenbestand in der Höhe von 160 136 Mk., so daß sich die Einnahme einschließlich des Bestandes auf 344 543 Mk. beläuft. Die Ausgaben haben in der Kriegszeit eine ganz andere Form angenommen als in der Friedenszeit. Für Arbeitslosigkeit wurde nur der geringe Betrag von 3364 Mk. verausgabt. In Krankenunterstützung wurden 17 844 Mark gezahlt, während an Steuerunterstützung 4134 Mark verausgabt wurden. An Ausgesperrte und Gemazregelte wurden 1160 Mk. gezahlt und für besondere Notstandsunterstützung 1560 Mk. Der Kassenbestand betrug am Schluß des Jahres 224 859 Mk.

Der Seeverkehr der Völker vor dem Kriege. Im Jahre 1914 gab der Leiter des Statistischen Amtes von Antwerpen, Friedrich Petes, eine Zusammenstellung des Schiffsverkehrs in den größten Seehäfen der Welt. Sie betrifft das Jahr 1913 und erstreckt sich über die Anzahl der Schiffe und ihrer Gesamttonnage:

Antwerpen . . .	6 978 Schiffe mit	18 761 591 Tonnen
New York . . .	4 014	13 673 765
Hamburg . . .	15 774	13 567 918
Rotterdam . . .	10 208	12 094 030
London . . .	9 152	11 043 313
Newcastle . . .	13 076	10 997 315
Liverpool . . .	8 543	9 353 499
Colombo . . .	3 044	9 333 322
Algier . . .	6 491	9 204 951
Buenos Aires . . .	9 177	7 962 084

Diesen Orten folgen Marseille, Neapel, Genoa, Cardiff, Gibraltar, Hull, Valletta auf der Insel Malta, Kobe in Japan, Southampton, Bremen, Triest, Kopenhagen usw. Petes konnte nicht für alle Häfen die Zahlen von 1913 erhalten; er mußte auf die Jahre 1912, ja auf 1911 oder auf die Jahre 1912/13 zurückgreifen. So hatte Hongkong im Jahre 1911 einen Schiffsverkehr von 22 765 Schiffen mit einer Gesamttonnage von 11 533 429 Tonnen aufzuweisen. Vissabon hatte im Jahre 1911 einen Verkehr von 3191 Schiffen mit 8 122 531 Tonnen; Schanghai einen solchen von 10 472 Schiffen mit 9 126 392 Tonnen; Montevideo mit 4765 Schiffen und 5 167 027 Tonnen. Auch diese Häfen werden bis zum Jahre 1913 eine Steigerung ihres Schiffsverkehrs erfahren haben.

Die Dardanellen haben in den Jahren 1910 bis 1911 85 444 Schiffe mit 19 708 314 Tonnen Gehalt passiert.

ANZEIGEN.

Einige tüchtige Linierer sowie mehrere Buchbinder

sucht in dauernde Stellung per sofort

Carl Paufer, Stuttgart, Geschäftsbücherfabrik

Angebot in allen Sorten

**Papierspännen Pappenabfällen
Papierabfällen Makulatur u. dgl.**

erbittet

**Samuel Meyer, Berlin - Lichtenberg,
Herzbergstr. 26.**

Tüchtiger Buchbinder

gesucht.

Bergarbeiterzeitung Bochum.
Wiemelhauser Straße 38—42.

Bindfaden für Post- und Bahnversand.

Probe 5 kg. gegen Nachnahme.
Lieferung nur an Selbstverbraucher.
Willy Rendsburg, Kiel 26.

Kleine Vergoldepresse

„Krause“, wie neu, billig zu verkaufen.
H. Wafch, Hannover, Weißstraße 11.

Tüchtige Liniererin auf J. & I.-Maschine, selbständig und zuverlässig, sofort gesucht.

Tüchtigen Buchbinder, mögl. militärfrei, sofort. **Conrad Peth,** Berlin, Köpenicker Str. 110 a.

Nachruf.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 31. Mai 1917 auf dem westlichen Kriegsschauplatz unser Kollege

Walter Stachurski

Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse, im 27. Lebensjahre. Derselbe war ein lieber Mitarbeiter und Kollege. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Kolleginnen und Kollegen der Firma **Bollfras & Nyel, Berlin.**